

Nach der Kandidatenkür

Eine Dokumentation des Beitrags
von Prof. Dr. Renate Köcher
in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
Nr. 222 vom 23. September 2020

I N H A L T

- Tabellenübersicht

- Originalmanuskript

- Untersuchungsdaten

- Anhangtabellen

- Schaubilder

- Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 222 vom 23. September 2020, S. 8, unter dem Titel:

"Nach der Kandidatenkür. Es gibt viele Gründe dafür, dass die Popularität von Olaf Scholz der SPD bisher kaum nützt."

TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Popularität der SPD
	A	2	Einfluss von Olaf Scholz auf den Kurs seiner Partei
	A	3	Die Krise bestimmt die aktuelle politische Agenda der Bevölkerung
	A	4	Krisenkompetenz der Parteien
	A	5	Wirtschaftskompetenz
	A	6	Kompetenz zur Bewältigung künftiger Herausforderungen
	A	7	Präferenz für eine CDU/CSU- oder SPD-geführte Regierung
	A	8	Mehrheit fände weder Rot-Rot-Grün, noch ...
	A	9	... eine Ampelkoalition gut
	A	10	Steuererhöhungen nach der Wahl?
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Geringe Anziehungskraft
		2	Weniger zerstritten
		3	Zweifel am Rückhalt in der Partei
		4	Zielprofil der SPD
		5	Geringe Attraktivität einer SPD-geführten Regierung

Originalmanuskript

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

Nach der Kandidatenkür Bisher nur wenig Auftrieb für die SPD

Finanzminister Scholz ist zurzeit einer der populärsten Politiker der Republik. Er gilt als erfahren, kompetent und dies insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet sowie als Politiker mit klarer Linie. Kein anderer SPD-Politiker erreicht zurzeit ähnliche Popularitätswerte. Entsprechend war die Entscheidung der SPD, ihn als Kanzlerkandidaten zu nominieren, nur folgerichtig.

Die Auswirkungen dieser Entscheidung auf die Popularität der Partei selbst halten sich bisher allerdings in Grenzen. Die Bereitschaft, bei der nächsten Bundestagswahl der SPD die Erststimme zu geben, ist seit der Nominierung von 16 auf 18 Prozent angestiegen, die Zweitstimmenwahlabsicht von 16 auf 17 Prozent. Das weite Potential – der Anteil der Wahlberechtigten, für die die SPD grundsätzlich bei Bundestagswahlen in Frage kommt, stagniert bei 23 Prozent, während die Grünen hier bei 28 Prozent und die Unionsparteien bei 43 Prozent liegen.

Tabelle A 1

Auch die Sympathien für die SPD sind bisher nicht angestiegen: 15 Prozent nominieren sie als sympathischste Partei; die Grünen errei-

chen hier 21 Prozent, die CDU/CSU 41 Prozent. Die SPD hat auch in den vergangenen Jahrzehnten Höhen und Tiefen erlebt. Noch nie war jedoch der Anteil der Bürger, denen die SPD in der derzeitigen Verfassung gefällt, so gering wie heute: 13 Prozent gefällt die SPD heute gut, 59 Prozent missfällt sie. Selbst unter den SPD-Anhängern, die ja diese Partei auf den ersten Rang ihrer Parteisympathien setzen, äußern sich zurzeit nur 47 Prozent positiv.

Schaubild 1

Die Popularität eines Spitzenkandidaten schlägt nicht automatisch auf die Sympathien für seine Partei durch. Diese Transmission funktioniert nur unter bestimmten Voraussetzungen: Zum einen muss der Kandidat einen überzeugenden Rückhalt in der eigenen Partei haben; die Partei darf nicht als uneinig und zerstritten erscheinen; das Ziel- und Kompetenzprofil der Partei muss sich in wesentlichen Teilen mit der politischen Agenda der Bürger decken; schließlich muss es zumindest selektiv Stärken gegenüber der politischen Konkurrenz geben.

Was ihre Geschlossenheit angeht, so wird die SPD heute zumindest nicht mehr als heillos zerstritten wahrgenommen, wie das noch 2018 und 2019 der Fall war. Besonders im letzten Jahr fiel das Urteil noch verheerend aus: Nur 11 Prozent hielten die SPD für geschlossen, 59 Prozent dagegen für zerstritten. Aktuell halten nur noch 35 Prozent die Partei für uneinig; die Einschätzung, dass sie eine weitge-

Schaubild 2

hend geschlossene politische Formation ist, hat sich jedoch nur von 11 auf 15 Prozent verbessert.

Bisher sind auch nur 23 Prozent überzeugt, dass Scholz den Rückhalt seiner Partei hat, 48 Prozent äußern hier dezidierte Zweifel. Die Bürger haben nicht vergessen, dass die Partebasis nicht Olaf Scholz zum Vorsitzenden gekürt hat, sondern Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken. Auch in der Anhängerschaft der SPD selbst sind Zweifel weit verbreitet, ob die Partei nun geschlossen hinter ihrem Kandidaten steht. 41 Prozent der SPD-Anhänger gehen davon aus, 33 Prozent äußern dezidierte Zweifel, weitere 26 Prozent sind sich unsicher. Entsprechend sind viele auch unschlüssig, wie weit Scholz den Kurs seiner Partei beeinflussen kann. 26 Prozent der Bürger und jeder zweite SPD-Anhänger sind überzeugt, dass er großen Einfluss nehmen kann, während ihm 35 Prozent der Bevölkerung begrenzte Möglichkeiten zuschreiben und 39 Prozent unsicher sind.

Schaubild 3

Tabelle A 2

Dies ist ein Hindernis für den Transfer der Popularität des Kandidaten auf die Partei, aber keineswegs das einzige. Durch ihren anfänglichen Unwillen, Regierungsverantwortung zu übernehmen, hat die Partei erheblich an Sympathien verloren. Die meisten Wähler stimmen für eine Partei, damit sie mitgestaltet, und nehmen Machtverzicht übel, wenn er nicht mit unvereinbaren Vorstellungen der möglichen

Koalitionspartner begründet werden kann. Die Querelen in der Partei, die noch bis 2019 ihr Bild prägten, taten das Ihrige und belasteten auch das Urteil über die Funktionsfähigkeit der Koalition insgesamt.

In diesem Jahr erscheint die Koalition der Bevölkerung jedoch plötzlich in einem völligen anderen Licht. Sie erlebt die Regierung als stark, handlungsfähig und die Koalitionspartner als kooperativ – mit dem Ergebnis, dass die große Koalition seit dem Frühjahr wieder auf eine stabile Mehrheit bauen kann, anders als vor Ausbruch der Corona-Krise. Für die SPD ist jedoch frustrierend, dass dies fast ausschließlich auf dem Konto der Unionsparteien zu Buche schlägt, während sie selbst kaum profitiert.

Dies geht vor allem darauf zurück, dass das Ziel- und Kompetenzprofil der SPD sich zurzeit weitaus weniger mit der politischen Agenda der Bürger und ihrer Einschätzung der derzeitigen Herausforderungen deckt. Die politische Agenda der Bürger, das, was sie von der Regierung zurzeit vor allem erwarten, steht ganz im Zeichen der Krise: Bekämpfung der Pandemie, Stärkung des Gesundheitswesens, Sicherstellung von verlässlichem Schulunterricht und Betreuung, Stärkung der Wirtschaft, Eindämmung von Arbeitslosigkeit und Insolvenzen; neben diesen kriseninduzierten Erwartungen misst die Mehrheit auch innerer Sicherheit, Bildung, Klimaschutz und generell

Tabelle A 3

Nachhaltigkeitszielen große Bedeutung bei.

Wenn die Bürger die Parteien an diesen Herausforderungen messen, trauen sie mit Abstand am meisten den Unionsparteien zu, im Bereich Klimaschutz und Nachhaltigkeit den Grünen. Insbesondere die Kompetenz, das Land durch schwere Krisen wie die derzeitige zu führen, wird fast einseitig den Unionsparteien zugetraut: 54 Prozent der Bürger schreiben den Unionsparteien diese Krisenkompetenz zu, 9 Prozent der SPD, 5 Prozent den Grünen. Bei den jeweils eigenen Anhängern hat hier nur die CDU/CSU das Vertrauen der überwältigenden Mehrheit: 88 Prozent der Unionsanhänger halten ihre favorisierte Partei für am besten geeignet, um das Land durch solche schwierigen Zeiten zu steuern; von den SPD-Anhängern setzen 43 Prozent vergleichbares Vertrauen in die eigene Partei, von den Anhängern der Grünen 16 Prozent.

Tabelle A 4

Ähnlich unterschiedlich wird die Wirtschaftskompetenz der Parteien eingeschätzt: 53 Prozent der Bürger trauen CDU und CSU am ehesten zu, für eine rasche Erholung der Wirtschaft zu sorgen, 13 Prozent der SPD. Und wenn es generell um die Bewältigung der künftigen Herausforderungen geht, traut zurzeit die Hälfte der Bevölkerung den Unionsparteien besonders viel zu, gut jeder Vierte den Grünen bzw. der SPD.

Tabelle A 5

Tabelle A 6

Dabei ist es keineswegs so, dass die SPD ein blasses Profil hätte. Sie gilt als Anwalt sozialer Gerechtigkeit, von höheren Mindestlöhnen und sozialem Wohnungsbau, von Toleranz ge-

genüber anderen Kulturen und der Integration von Flüchtlingen, von Gleichberechtigung und auch als Verfechter einer Steuerpolitik, die die höheren sozialen Schichten stärker und die breite Masse der Arbeitnehmer weniger belasten möchte. Ein Teil dieser Ziele ist durchaus populär wie auch viele Vorhaben, die die SPD in dieser und auch in der letzten Legislaturperiode durchgesetzt hat. Schaubild 4

Aber mit der aktuellen politischen Agenda der Bürger deckt sich das Ziel- und Kompetenzprofil zurzeit kaum. Weder wird ihr Krisenkompetenz zugeschrieben, noch sehen die Bürger in ihr die politische Kraft, die die Erholung der Wirtschaft befördern kann. Auch innere Sicherheit, Klimaschutz und Nachhaltigkeit oder auch Engagement für solide Staatsfinanzen werden ihr nur von einer Minderheit zugeschrieben. Ziel- und Kompetenzprofile lassen sich in der Regel nicht kurzfristig verändern; von daher hängen die Chancen der SPD auch ganz wesentlich davon ab, ob sich die Situationsanalyse und die politische Agenda der Bürger in den nächsten 12 Monaten gravierend verändern.

Zurzeit übt jedenfalls die Vorstellung von einem Wechsel zu einer SPD-geführten Regierung nur wenig Anziehungskraft aus. Lediglich 18 Prozent der Bürger ziehen eine SPD-geführte Regierung einer unionsgeführten vor. Schaubild 5
Vor der letzten Bundestagswahl waren es noch 28 Prozent. Eine unionsgeführte Regierung wird von 41 Prozent favorisiert. Die Anhänger der Oppositionsparteien

können sich meist weder für die eine noch für die andere Konstellation erwärmen, insbesondere nicht die Anhänger der AfD und der Linken. Interessant ist, dass die Anhänger der Grünen, soweit sie eine Präferenz äußern, einer SPD-geführten Regierung nicht nennenswert offener gegenüberstehen als einer CDU-geführten. Tabelle A 7

Wenn konkrete Koalitionen unter Führung der SPD diskutiert werden, trifft weder Rot-Rot-Grün noch Rot-Gelb-Grün auf breite Zustimmung. Beide Koalitionsvarianten werden nur von knapp einem Viertel der Bürger gutgeheißen, von der Hälfte abgelehnt. Ein Bündnis aus SPD, Grünen und der Linken trifft nur bei den Anhängern der Linken auf Begeisterung, bei den Grünen dagegen auf eine sehr zurückhaltende Reaktion: 69 Prozent der Anhänger der Linken stehen Rot-Rot-Grün positiv gegenüber, knapp die Hälfte der SPD-Anhänger und nur ein Drittel der Grünen. Die Perspektive einer Ampelkoalition findet nur bei den Anhängern der SPD breite Zustimmung, wäh- Tabelle A 8

rend die Anhänger von Grünen wie FDP verhalten reagieren. Die Anhänger der FDP haben nach wie vor eine ausgeprägte Affinität zu den Unionsparteien, die die Mehrheit von ihnen auf den zweiten Rang ihrer Parteisympathien setzt. Entsprechend sind Diskussionen über eine Ampelkoalition für die FDP nicht ohne Risiko. Tabelle A 9

Die Bürger beschäftigen sich zurzeit jedoch kaum mit Koalitionsspekulationen. Angesichts

der hohen Zufriedenheit mit der aktuellen Regierungsleistung herrscht keine Wechselstimmung. Daraus folgt jedoch keineswegs, dass die derzeitige Ausgangslage für die Parteien zementiert ist. Die Entwicklung im Frühjahr, als sich binnen weniger Wochen die politische Agenda und die wirtschaftspolitischen Präferenzen der Bürger gravierend veränderten, sind eine anschauliche Mahnung, mit Extrapolationen vorsichtig zu sein – im Positiven wie im Negativen.

Niemand kann zurzeit verlässlich prognostizieren, in welchem Umfeld die nächste Bundestagswahl stattfinden wird – ob die Pandemie zu diesem Zeitpunkt beherrscht wird, die Wirtschaft sich wirklich so dynamisch erholt, wie das zurzeit viele hoffen, in welcher Verfassung die Staatsfinanzen sind und wie sich die Gesellschaft unter dem Einfluss der Krise verändert, die wesentlich länger dauert, als die meisten ursprünglich erwarteten. Zwar bessert sich zurzeit die Stimmungslage der Bürger. Viele ziehen die Bilanz, dass sie wieder ein weitgehend normales Leben führen können; auch in Bezug auf die wirtschaftlichen Perspektiven wächst der Optimismus der Bürger wie vieler Unternehmen. Aber den meisten ist auch bewusst, dass die Krise noch lange nachwirken und auch die Agenda der nächsten Regierung prägen wird. So verfolgen die Bürger zurzeit aufmerksam die Entwicklung der Staatsverschuldung; zurzeit ran-

giert deren Begrenzung in der politischen Agenda der Bevölkerung noch an untergeordneter Stelle. Die Mehrheit stellt sich jedoch bereits auf Steuererhöhungen in der nächsten Legislaturperiode ein. Die letzte Bundestagswahl, bei der die Mehrheit fürchtete, nach der Wahl mit Einschnitten und Steuererhöhungen konfrontiert zu werden, war 2005. Solche Wahlen sind eine besondere Herausforderung und bergen oft Überraschungen.

Tabelle A 10

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1043
Befragungszeitraum:	4.09. bis 16.09.2020
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

Anhangtabellen

Popularität der SPD

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Wahlberechtigte

FRAGE: "Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre: Welche Partei würden Sie dann wählen - können Sie es mir nach dieser Liste hier sagen, welche Partei das ist - Sie brauchen mir nur die entsprechende Nummer anzugeben!"

Wahlberechtigte

August September
2020 2020
% %

Auszug aus den Vorgaben

SPD1618

FRAGE: "Hier habe ich Karten mit den Namen von verschiedenen Parteien, die politische Bedeutung haben. Sicher sind einem diese Parteien nicht alle gleich sympathisch. Könnten Sie bitte diese sechs Karten einmal danach untereinanderlegen, wie sympathisch Ihnen diese Parteien sind? Es geht so: Obenhin legen Sie die Partei, die Ihnen am sympathischsten ist, darunter die, die Sie an zweite Stelle setzen würden, und so weiter, und als letzte die Partei, die Ihnen am wenigsten sympathisch oder vielleicht sogar ganz unsympathisch ist."

Wahlberechtigte
September 2020
%

An erste Stelle gelegt:

CDU/CSU41
Bündnis 90/Grüne21
SPD15
AfD9
Die Linke8
FDP4

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12023, September 2020

Einfluss von Olaf Scholz auf den Kurs seiner Partei

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie schätzen Sie das ein: Wie groß ist der Einfluss von Olaf Scholz auf den Kurs seiner Partei? Würden Sie sagen ..."

	Bevölkerung insgesamt	Anhänger der SPD
	%	%
"(sehr) groß"	26	51
"weniger groß"/"gering"	35	20
Schwer zu sagen, unentschieden	39	29
	<hr/> 100	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12023, September 2020

FRAGE: "Hier auf dieser Liste stehen verschiedene politische Ziele. Welche halten Sie für besonders dringlich, worum sollte sich die Regierung besonders kümmern?" (Listenvorlage)

	Bevölkerung insgesamt
	%
Top Ten	
Die Ausbreitung des Coronavirus bekämpfen	79
Für ausreichend Pflegekräfte sorgen	76
Sicherheit, Bekämpfung der Kriminalität	73
Für verlässlichen Schulunterricht und Kinderbetreuung sorgen	70
Das Gesundheitssystem stärken	69
Die Wirtschaft stärken	65
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	61
Unternehmen und Selbständige vor der Insolvenz bewahren	59
Den Umwelt- und Klimaschutz vorantreiben	59
Für gute Schulen und Hochschulen sorgen	58

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12021

Krisenkompetenz der Parteien

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Welcher Partei trauen Sie am ehesten zu, Deutschland gut durch schwere Krisen wie die derzeitige Corona-Krise zu führen?"

	Bevölkerung insgesamt	Anhänger der jeweiligen Partei
	%	%
CDU/CSU	54	88
SPD	9	43
Die Grünen	5	16
FDP	2	21
Die Linke	2	18
AfD	2	18
Andere Partei	1	
Keine Partei	11	
Unentschieden, weiß nicht	20	

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12022

Wirtschaftskompetenz

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Welcher Partei trauen Sie am ehesten zu, die Wirtschaft so zu stützen,
dass sie sich rasch wieder erholt?"

	Bevölkerung insgesamt	Anhänger der jeweiligen Partei
	%	%
CDU/CSU	53	81
SPD	13	47
FDP	6	21
Die Grünen	5	16
AfD	4	49
Die Linke	1	8
Andere Partei	1	
Keine Partei	9	
Unentschieden, weiß nicht	18	

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12022

Kompetenz zur Bewältigung künftiger Herausforderungen

Tabelle A 6
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn Sie an die Zukunft in unserem Land denken, welche Probleme da noch auf uns zukommen werden und welche politischen Aufgaben zu bewältigen sind: Welche Partei bzw. welche Parteien könnten das noch am ehesten schaffen, welcher Partei bzw. welchen Parteien trauen Sie noch am ehesten zu, die Probleme und Aufgaben der Zukunft zu bewältigen?"

	Bevölkerung insgesamt	Anhänger der jeweiligen Partei
	%	%
CDU/CSU	49	81
Die Grünen	28	67
SPD	26	65
AfD	7	85
FDP	7	45
Die Linke	6	27
Andere Partei	1	
Keine Partei	9	
Unentschieden, weiß nicht	16	

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12022

Präferenz für eine CDU/CSU- oder
SPD-geführte Regierung

Tabelle A 7
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was ist Ihnen ganz generell lieber: eine CDU/CSU-geführte Regierung
oder eine SPD-geführte Regierung?"

	Bevölk. insg. %	Anhänger der -					
		CDU/ CSU %	SPD %	FDP %	B.90/ Grüne %	DIE LINKE %	AfD %
CDU/CSU-geführt.....	41	813	...3220319
SPD-geführt.....	18	266	...2020282
Keine davon	23	58	...33364572
Unentschieden	18	1223	...1524247
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12023, September 2020

Mehrheit fände weder Rot-Rot-Grün, noch ...

Tabelle A 8
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Einmal angenommen, nach der nächsten Bundestagswahl käme es zu einer SPD-geführten Koalition aus SPD, der Linken und den Grünen: Fänden Sie das gut, oder fänden Sie das nicht gut?"

	Bevölk. insg. %	Anhänger der -					
		CDU/ CSU %	SPD %	FDP %	B.90/ Grüne %	DIE LINKE %	AfD %
Fände das gut	23	3	46	31	35	69	3
Fände das nicht gut.....	51	76	23	52	28	12	85
Unentschieden	26	21	31	17	37	19	12
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12023, September 2020

... eine Ampelkoalition gut

Tabelle A 9
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Einmal angenommen, nach der nächsten Bundestagswahl käme es zu einer SPD-geführten Koalition aus SPD, FDP und den Grünen:
Fänden Sie das gut, oder fänden Sie das nicht gut?"

	Bevölk. insg. %	Anhänger der -					
		CDU/ CSU %	SPD %	FDP %	B.90/ Grüne %	DIE LINKE %	AfD %
Fände das gut	24	9	58	33	36	17	x
Fände das nicht gut.....	52	73	23	34	32	46	92
Unentschieden	24	18	19	33	32	37	8
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

x=unter 0,5 Prozent

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12023, September 2020

Steuererhöhungen nach der Wahl?

Tabelle A 10
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Rechnen Sie damit, dass es nach der kommenden Bundestagswahl im nächsten Jahr zu Steuererhöhungen kommen wird, oder gehen Sie eher von Steuersenkungen aus, oder erwarten Sie nach der Bundestagswahl keine Veränderungen bei den Steuern?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Steuererhöhung	61
Steuersenkung	4
Keine Veränderungen	16
Unentschieden, keine Angabe	19
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12023, September 2020

Zweitstimmen

Gesamtdeutschland

	CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige %
Bundestagswahl							
27.9.2009	33,8	14,6	23,0	10,7	11,9	-	6,0
2009: Jahresdurchschnitt	36,0	13,5	24,0	11,5	10,5	-	4,5
2010: Jahresdurchschnitt	33,0	8,0	28,0	16,0	9,5	-	5,5
2011: Jahresdurchschnitt	33,5	5,0	28,5	19,0	7,5	-	6,5
2012: Jahresdurchschnitt	35,5	4,5	29,0	14,5	6,5	-	10,0
Bundestagswahl							
22.9.2013	41,5	4,8	25,7	8,4	8,6	4,7	6,3
2013: Jahresdurchschnitt	39,5	5,5	26,0	12,5	7,5	-	9,0
2014: Jahresdurchschnitt	40,5	4,0	26,0	10,0	8,5	6,0	5,0
2015: Jahresdurchschnitt	40,0	5,0	26,0	10,0	9,0	5,5	4,5
2016: Jahresdurchschnitt	34,0	7,5	23,0	11,0	9,0	11,0	4,5
Bundestagswahl							
24.9.2017	32,9	10,7	20,5	8,9	9,2	12,6	5,2
2017: Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	4,0
2018: Jahresdurchschnitt	31,5	9,5	19,0	13,0	9,5	13,5	4,0
2019: Jahresdurchschnitt	30,0	7,5	16,0	20,5	8,0	13,0	5,0
2020: 9. - 22. Januar	28,5	8,0	14,0	23,5	8,0	13,0	5,0
1. - 12. Februar	27,5	8,0	14,5	23,0	9,5	13,0	4,5
5. - 18. März	29,0	7,0	16,5	23,0	8,0	11,5	5,0
1. - 15. April	38,0	6,0	16,0	19,0	7,0	9,0	5,0
6. - 14. Mai	38,0	5,5	15,5	19,0	7,0	9,0	6,0
1. - 13. Juni	40,0	4,5	16,0	18,5	7,0	9,5	4,5
3. - 16. Juli	38,0	5,5	15,5	20,0	7,5	9,0	4,5
5. - 18. August	38,0	5,5	17,0	19,0	7,0	9,0	4,5
4. - 16. September	37,0	6,0	17,0	19,5	7,0	9,0	4,5

Befragt wurden persönlich-mündlich insgesamt 1.043 Personen

QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie, IfD-Umfrage 12023

Schaubilder

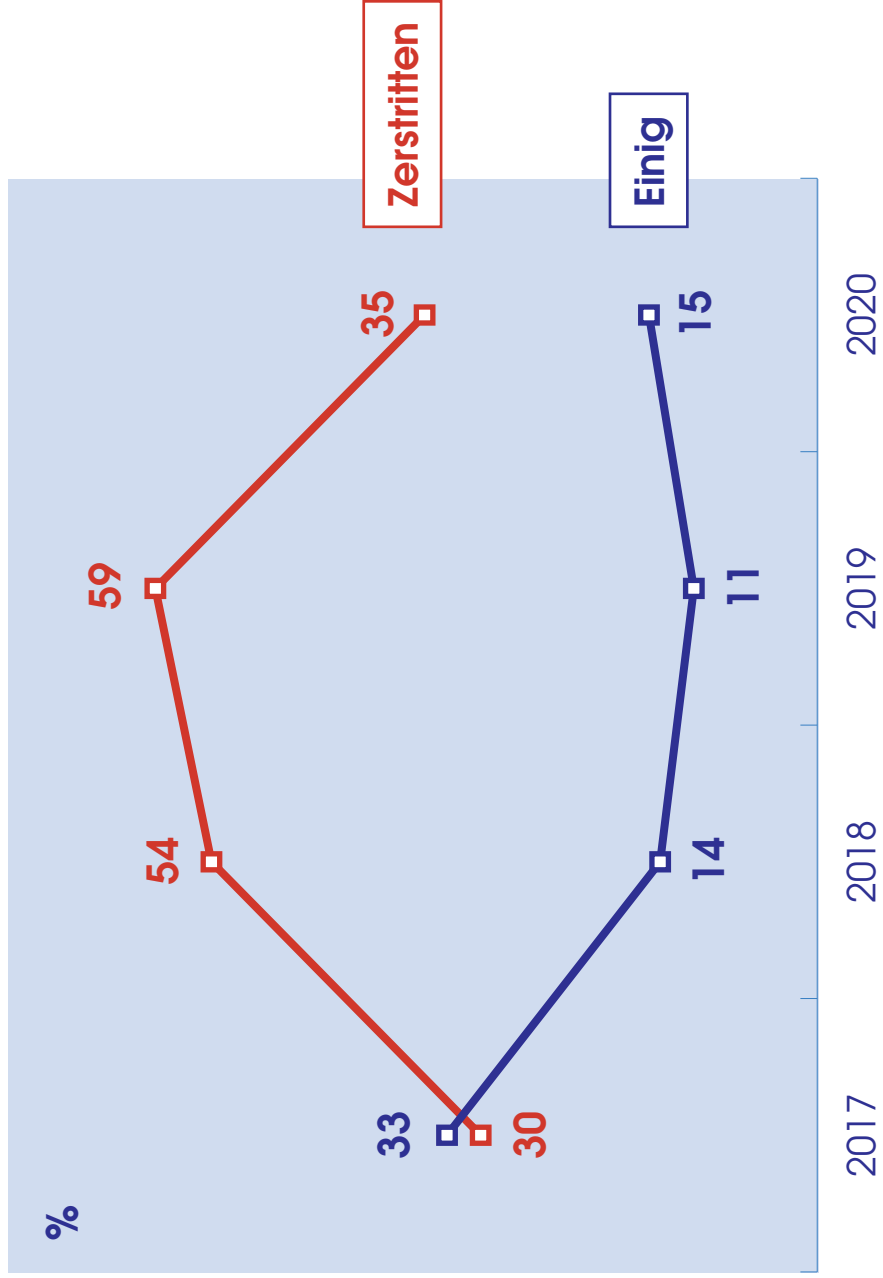
Geringe Anziehungskraft

Frage: "Die Parteien haben ja alle ihre Stärken und Schwächen. Mal gefällt einem die eine besser, mal die andere. Wenn Sie nun einmal an die SPD denken, so wie sie im Augenblick ist: Würden Sie sagen, die SPD gefällt Ihnen alles in allem gut oder nicht so gut?"

	Bevölkerung insgesamt %	Anhänger der SPD %
Gefällt gut	13	47
Nicht so gut	59	23
Unentschieden, kein Urteil	28	30
	100	100

Weniger zerstritten

- Einschätzung der innerparteilichen Einigkeit der SPD -



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 1/2023

Zweifel am Rückhalt in der Partei

Frage: "Die SPD hat ja beschlossen, bei der nächsten Bundestagswahl den derzeitigen Finanzminister Olaf Scholz als Kanzlerkandidaten aufzustellen. Wie ist Ihr Eindruck: Hat Olaf Scholz alles in allem den Rückhalt seiner Partei, oder haben Sie da Zweifel?"

	Bevölkerung insgesamt %	Anhänger der SPD %
Hat Rückhalt	23	41
Habe Zweifel	48	33
Weiß nicht, keine Angabe	29	26
	100	100

Zielprofil der SPD

Frage: "Wofür steht die SPD, wofür setzt sich die SPD besonders ein?"

Top 10

Für höhere Mindestlöhne

69 %

Soziale Gerechtigkeit

60

Für sozialen Wohnungsbau

56

Für einen Ausbau des Sozialstaats

53

Für eine Reichensteuer

53

Für eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer

52

Für die Integration von Flüchtlingen

51

Toleranz gegenüber anderen Kulturen

49

Gleichberechtigung von Frauen durchsetzen

47

Steuerentlastungen für Arbeitnehmer

44

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12023

Geringe Attraktivität einer SPD-geführten Regierung

Frage: "Was ist Ihnen ganz generell lieber: eine CDU/CSU-geführte Regierung oder eine SPD-geführte Regierung?"

	2017	2020
	%	%
CDU/CSU-geführt	42	41
SPD-geführt	28	18
Keine davon	12	23
Unentschieden, keine Angabe	18	18
	100	100

Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 222
vom 23. September 2020, S. 8, unter dem Titel:

"Nach der Kandidatenkür. Es gibt viele Gründe
dafür, dass die Popularität von Olaf Scholz der SPD
bisher kaum nützt."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Nach der Kandidatenkür

Finanzminister Olaf Scholz ist derzeit einer der populärsten Politiker der Republik. Er gilt als Politiker mit einer klaren Linie, als erfahren und kompetent. Kein anderer SPD-Politiker erreicht gerade ähnliche Popularitätswerte. Die Entscheidung der SPD, ihn als Kanzlerkandidaten zu nominieren, war daher folgerichtig. Die Auswirkungen dieser Entscheidung auf die Popularität der Partei selbst halten sich bisher allerdings in Grenzen. Die Bereitschaft, bei der nächsten Bundestagswahl der SPD die Zweitstimme zu geben, ist seit der Nominierung von 16 auf 17 Prozent gestiegen. Das weite Potential – der Anteil der Wahlberechtigten, für die die SPD grundsätzlich bei Bundestagswahlen in Frage kommt – stagniert bei 23 Prozent, während die Grünen hier bei 28 Prozent und die Unionsparteien bei 43 Prozent liegen.

Auch die Sympathien für die SPD sind bisher nicht größer geworden: Nur 15 Prozent nennen sie als sympathischste Partei; die Grünen erreichen 21 Prozent, die CDU/CSU 41 Prozent. Die SPD hat auch in den vergangenen Jahrzehnten Höhen und Tiefen erlebt. Aber noch nie war der Anteil der Bürger, denen die SPD in ihrer derzeitigen Verfassung gefällt, so gering wie heute: 13 Prozent gefällt die SPD heute gut, 59 Prozent missfällt sie. Selbst unter den SPD-Anhängern äußern sich zurzeit nur 47 Prozent positiv.

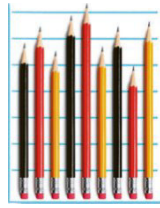
Die Popularität eines Spitzenkandidaten überträgt sich nur unter bestimmten Voraussetzungen auf seine Partei: Der Kandidat muss einen überzeugenden Rückhalt in der eigenen Partei haben; die Partei darf nicht als uneinig und zerstritten erscheinen; das Ziel- und Kompetenzprofil der Partei muss sich in wesentlichen Teilen mit der politischen Agenda der Bürger decken; schließlich muss es zumindest selektiv Stärken gegenüber der politischen Konkurrenz geben.

Die SPD wird heute zwar nicht mehr als so heillos zerstritten wahrgenommen, wie das noch 2018 und 2019 der Fall war. Besonders im vorigen Jahr fiel das Urteil noch verheerend aus: Nur elf Prozent hielten die SPD für geschlossen, 59 Prozent dagegen für zerstritten. Aktuell halten nur noch 35 Prozent die Partei für uneinig; der Anteil jener, die sie für eine weitgehend geschlossene politische Formation halten, ist jedoch nur von elf auf 15 Prozent gewachsen.

Bisher sind auch nur 23 Prozent überzeugt, dass Scholz den Rückhalt seiner Partei hat, 48 Prozent äußern hier dezidierte Zweifel. Die Bürger haben nicht vergessen, dass die Parteibasis nicht Olaf Scholz zum Vorsitzenden gekürt hat, sondern Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken. Auch in der Anhängerschaft der SPD sind Zweifel weit verbreitet, ob die Partei nun geschlossener hinter ihrem Kandidaten steht. 41 Prozent der SPD-Anhänger gehen davon aus, 33 Prozent äußern dezidierte Zweifel, weitere 26 Prozent sind sich unsicher. Daher sind viele auch unschlüssig, inwieweit Scholz den Kurs seiner Partei beeinflussen kann. 26 Prozent der Bürger und jeder zweite SPD-Anhänger sind überzeugt, dass er großen Einfluss nehmen kann, während ihm 35 Prozent der Bevölkerung begrenzte Möglichkeiten zuschreiben und 39 Prozent unsicher sind.

Dies ist ein Hindernis für den Transfer der Popularität des Kandidaten auf die Partei, aber keineswegs das einzige. Durch ihren anfänglichen Unwillen, Regierungsverantwortung zu übernehmen, hat die Partei erheblich an Sympathien verloren. Die meisten Wähler stimmen für eine Partei, damit sie mitgestaltet, und nehmen Machtverzicht übel, wenn er nicht mit unvereinbaren Vorstellungen der möglichen Koalitionspartner begründet werden kann. Die Querelen in der Partei, die bis 2019 ihr Bild prägten, taten das ihrige und belasteten auch das Urteil über die Funktionsfähigkeit der Koalition insgesamt.

In diesem Jahr erscheint die Koalition der Bevölkerung jedoch plötzlich in einem völlig anderen Licht. Sie erlebt die Regierung als stark, handlungsfähig und die Koalitionspartner als kooperativ – mit dem Ergebnis, dass die große Koalition seit



Es gibt viele Gründe dafür, dass die Popularität von Olaf Scholz der SPD bisher kaum nützt.

*Prof. Dr. Renate Köcher
Institut für Demoskopie
Allensbach*

dem Frühjahr wieder auf eine stabile Mehrheit bauen kann, anders als vor Ausbruch der Corona-Krise. Für die SPD ist jedoch frustrierend, dass dies fast ausschließlich auf dem Konto der Unionsparteien zu Buche schlägt.

Das liegt vor allem daran, dass das Ziel- und Kompetenzprofil der SPD sich zurzeit weitaus weniger mit der politischen Agenda der Bürger und ihrer Einschätzung der derzeitigen Herausforderungen deckt. Was die Bürger von der Regierung vor allem erwarten, steht gerade ganz im Zeichen der Krise: Bekämpfung der Pandemie, Stärkung des Gesundheitswesens, Sicherstellung von verlässlichem Schulunterricht und Betreuung, Stärkung der Wirtschaft, Eindämmung von Arbeitslosigkeit und Insolvenzen; neben diesen kriseninduzierten Erwartungen misst die Mehrheit auch innerer Sicherheit, Bildung, Klimaschutz und generell Nachhaltigkeitszielen große Bedeutung bei.

Wenn die Bürger die Parteien an diesen Herausforderungen messen, trauen sie mit Abstand am meisten den Unionsparteien zu, im Bereich Klimaschutz und Nachhaltigkeit den Grünen. Insbesondere die Kompetenz, das Land durch schwere Krisen wie die derzeitige zu führen, wird

fast einseitig den Unionsparteien zuge-
traut: 54 Prozent der Bürger schreiben den Unionsparteien diese Krisenkompetenz zu, neun Prozent der SPD, fünf Prozent den Grünen. Bei den jeweils eigenen Anhängern hat hier nur die CDU/CSU das Vertrauen der überwältigenden Mehrheit: 88 Prozent der Unionsanhänger halten ihre favorisierte Partei für am besten geeignet, um das Land durch solche schwierigen Zeiten zu steuern. Von den SPD-Anhängern setzen 43 Prozent vergleichbares Vertrauen in die eigene Partei, von den Anhängern der Grünen nur 16 Prozent.

Ähnlich unterschiedlich wird die Wirtschaftskompetenz der Parteien eingeschätzt: 53 Prozent der Bürger trauen CDU und CSU am ehesten zu, für eine rasche Erholung der Wirtschaft zu sorgen, 13 Prozent der SPD. Und wenn es generell um die Bewältigung der künftigen Herausforderungen geht, traut die Hälfte der Bevölkerung den Unionsparteien besonders viel zu, gut jeder Vierte den Grünen und der SPD.

Dabei ist es keineswegs so, dass die SPD ein blasses Profil hätte. Sie gilt als Anwalt sozialer Gerechtigkeit, von höheren Mindestlöhnen und sozialem Wohnungsbau, von Toleranz gegenüber anderen Kulturen

und der Integration von Flüchtlingen, von Gleichberechtigung und auch als Verfechter einer Steuerpolitik, die die höheren sozialen Schichten stärker und die breite Masse der Arbeitnehmer weniger belasten möchte. Ein Teil dieser Ziele und auch viele Vorhaben, die die SPD in dieser und in der vorigen Legislaturperiode durchgesetzt hat, sind durchaus populär.

Aber dieses Ziel- und Kompetenzprofil deckt sich eben nicht mit der aktuellen Agenda der Bürger. Ziel- und Kompetenzprofile lassen sich in der Regel nicht kurzfristig verändern. Daher hängen die Chancen der SPD wesentlich davon ab, ob sich die Situationsanalyse und die politische Agenda der Bürger in den zwölf Monaten bis zur nächsten Bundestagswahl gravierend verändern.

Zurzeit übt jedenfalls die Vorstellung von einem Wechsel zu einer SPD-geführten Regierung nur wenig Anziehungskraft aus. Lediglich 18 Prozent der Bürger ziehen eine von der SPD geführte Regierung einer von der Union geführten vor. Vor der vorigen Bundestagswahl waren es noch 28 Prozent. Eine unionsgeführte Regierung wird von 41 Prozent favorisiert. Die Anhänger der Oppositionsparteien können sich meist weder für die eine noch für die andere Konstellation erwärmen, insbesondere nicht die Anhänger der AfD und der Linken. Interessant ist, dass die Anhänger der Grünen, soweit sie eine Präferenz äußern, einer SPD-geführten Regierung nicht nennenswert offener gegenüberstehen als einer CDU-geführten.

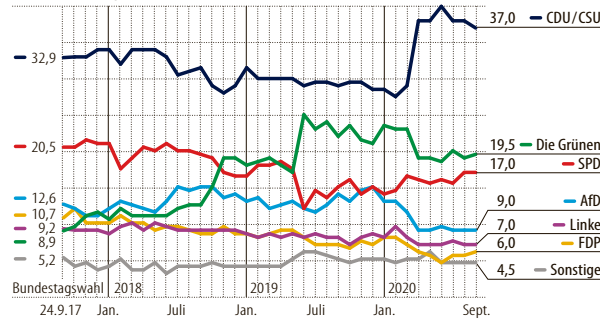
Von den denkbaren Koalitionen unter Führung der SPD treffen weder Rot-Rot-Grün noch Rot-Gelb-Grün auf breite Zustimmung. Beide Varianten werden nur von knapp einem Viertel der Bürger gutgeheißen, von der Hälfte abgelehnt. Ein Bündnis aus SPD, Grünen und der Linken trifft nur bei den Anhängern der Linken auf Begeisterung, bei den Grünen dagegen auf eine sehr zurückhaltende Reaktion: 69 Prozent der Anhänger der Linken stehen Rot-Rot-Grün positiv gegenüber, knapp die Hälfte der SPD-Anhänger und nur ein Drittel der Grünen. Die Perspektive einer Ampelkoalition findet nur bei den Anhängern der SPD breite Zustimmung, während die Anhänger von Grünen wie FDP verhalten reagieren. Die Anhänger der FDP haben nach wie vor eine ausgeprägte Affinität zu den Unionsparteien, die die Mehrheit von ihnen auf den zweiten Rang ihrer Parteisympathien setzt. Entsprechend sind Diskussionen über eine Ampelkoalition für die FDP nicht ohne Risiko.

Die Bürger beschäftigen sich zurzeit jedoch kaum mit Koalitionsspekulationen. Angesichts der hohen Zufriedenheit mit der Leistung der Regierung herrscht keine Wechselstimmung. Daraus folgt aber nicht, dass die derzeitige Ausgangslage zementiert ist. Die Entwicklung im Frühjahr, als sich binnen weniger Wochen die politische Agenda und die wirtschaftspolitischen Präferenzen der Bürger gravierend verändert haben, sind eine anschauliche Mahnung, mit Extrapolationen vorsichtig zu sein – im Positiven wie im Negativen.

Niemand kann verlässlich prognostizieren, in welchem Umfeld die nächste Bundestagswahl stattfinden wird – ob die Pandemie zu diesem Zeitpunkt beherrscht wird, die Wirtschaft sich wirklich so dynamisch erholt, was das gerade viele hoffen, in welcher Verfassung die Staatsfinanzen sind und wie sich die Gesellschaft unter dem Einfluss der Krise verändert, die wesentlich länger dauert, als die meisten ursprünglich erwartet haben. Zwar bessert sich zurzeit die Stimmungslage der Bürger. Aber den meisten ist auch bewusst, dass die Krise noch lange nachwirken und auch die Agenda der nächsten Regierung prägen wird. So verfolgen die Bürger aufmerksam die Entwicklung der Staatsverschuldung; noch rangiert deren Begrenzung in der politischen Agenda der Bevölkerung an untergeordneter Stelle. Die Mehrheit stellt sich jedoch schon auf Steuererhöhungen in der nächsten Legislaturperiode ein. Die letzte Bundestagswahl, bei der die Mehrheit fürchtete, nach der Wahl mit Einschnitten und Steuererhöhungen konfrontiert zu werden, war die 2005. Solche Wahlen bringen oft Überraschungen.

Die Stärke der Parteien

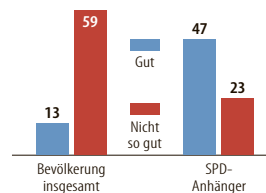
Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)



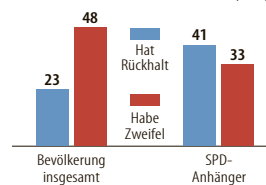
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach; jüngste Umfrage: 4. bis 16. September, 1043 Befragte. Gerundete Angaben. F.A.Z.-Grafik Walter

Die Anziehungskraft der SPD

Gefällt Ihnen die SPD derzeit alles in allem gut oder nicht so gut? (in %)

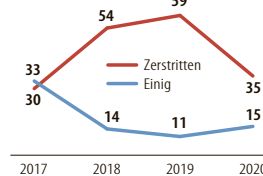


Hat Olaf Scholz alles in allem den Rückhalt seiner Partei oder haben Sie da Zweifel? (in %)

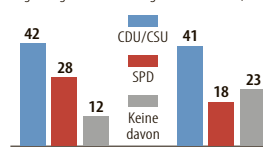


Differenz zu 100 Prozent: Unentschieden, keine Angaben.

Wie schätzen Sie die innerparteiliche Einigkeit der SPD ein? (in %)



Ist Ihnen ganz generell eine CDU/CSU-geführte Regierung oder eine SPD-geführte lieber? (in %)



Quelle: Institut für Demoskopie für Allensbach/F.A.Z.-Grafik Walter